



Nationale Eigenheiten von Bildungssystemen in Zeiten der Globalisierung

Maria A. Cattaneo und Stefan C. Wolter

SKBF Staff Paper 10



SKBF | CSRE

Schweizerische Koordinationsstelle
für Bildungsforschung

Centre suisse de coordination pour
la recherche en éducation

Centro svizzero di coordinamento
della ricerca educativa

Swiss Coordination Centre for
Research in Education

Abstract^a

Mit rund 23% hat die Schweiz eine der höchsten Ausländerquoten in Europa. Da sich diese Migranten politisch nicht zum schweizerischen Bildungswesen äussern können, ist nicht bekannt, inwiefern sie mit den Strukturen des hiesigen Bildungswesens einverstanden sind, die sich von den Strukturen in ihren Heimatländern teilweise deutlich unterscheiden. Diese Studie untersucht anhand einer gross angelegten repräsentativen Meinungsbefragung die Bildungspräferenzen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz zu Themen, bei denen die Schweiz stark von den meisten ausländischen Bildungssystemen abweicht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich bezüglich der ausserfamiliären Betreuung und Beschulung lediglich hinsichtlich des Angebots an Ganztageschulen grosse Unterschiede zeigen. Keine Unterschiede zeigen sich bei der Präferenz für mehr Transparenz die schulischen Leistungen betreffend. Grosse Differenzen zeigen sich hingegen bei der Präferenz insbesondere gut ausgebildeter Ausländer für internationale Privatschulen, und dies nicht zuletzt zwecks einer Erhöhung der Chancen für einen Übertritt ins Gymnasium. Die grössten Unterschiede zwischen Ausländern und Schweizern lassen sich in Hinsicht auf die Stellung der Berufsbildung ausmachen. Ausländer präferieren signifikant häufiger eine gymnasiale Ausbildung für ihre Kinder, halten die Maturitätsquote in der Schweiz für zu tief und wünschen häufiger den prüfungsfreien Übertritt ins Gymnasium. Was den sozialen Status einer Allgemeinbildung relativ zu einer Berufsbildung anbelangt, votieren gut ausgebildete (Deutsch-)Schweizer allerdings deutlich häufiger gegen die Berufsbildung als Ausländer.

© Aarau: SKBF, 2013
www.skbf-csre.ch
Entfelderstrasse 61
5000 Aarau
info@skbf-csre.ch

^a Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Aufsatz die männliche Form verwendet, es sind aber immer beide Geschlechter gemeint.

Nationale Eigenheiten von Bildungssystemen in Zeiten der Globalisierung^b

Maria A. Cattaneo* und Stefan C. Wolter**

SKBF Staff Paper 10

* Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), Aarau

** Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), Aarau, Universität Bern, CESifo und IZA

Kommunizierender Autor: Stefan Wolter (stefan.wolter@skbf-csre.ch)

b Diese Studie entstand mit finanzieller Unterstützung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (heute Staatsekretariat für Bildung, Forschung und Innovation), im Rahmen des «Leading House Economics of Education» der Universitäten Bern und Zürich. Die Autoren danken zudem für die Hilfe seitens des Bundesamts für Statistik, das für die Befragung Adresslisten aus dem Einwohnerregister der Schweiz zur Verfügung gestellt hat, und Johannes Mure vom SBFI für seine Unterstützung. Schliesslich danken die Autoren auch den Herren Urs Bieri und Jonas Kocher vom Institut GfS für die gute Zusammenarbeit.

1. Einleitung

Bildungssysteme sind auch in einer Zeit zunehmender Bedeutung supranationaler Institutionen und Entscheidungen immer noch stark national geprägt. Dem stehen wachsende globale Migrationsbewegungen gegenüber, gerade von gut gebildeten Menschen. Dies führt dazu, dass zunehmend Personen mit hohen Bildungsansprüchen in Länder wandern, deren Bildungswesen sich in den Strukturen, aber auch in der Qualität teilweise stark von jenem ihres Heimatlandes unterscheiden kann. Gleichzeitig haben diese Migranten in der Regel nur sehr beschränkte Möglichkeiten, auf die Bildungspolitik des Ziellandes Einfluss zu nehmen.¹

Dieser Aufsatz untersucht die Einstellungen der einheimischen Bevölkerung und der Migranten zu wichtigen das Bildungssystem in der Schweiz betreffenden Fragen. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht ein doppelt interessanter Anschauungsfall. Einerseits weist sie einen der höchsten Ausländeranteile unter den industrialisierten Ländern auf (2011 lag er bei rund 23%). Zudem hat sich die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung seit dem Wandel der Migrationspolitik in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und verstärkt seit der Einführung der freien Personenfreizügigkeit mit der EU stark in Richtung höher qualifizierter Migranten verändert (siehe Cattaneo & Wolter, 2012). Andererseits hat die Schweiz eine stark ausgebaute direktdemokratische Tradition, d.h. wichtige bildungspolitische Entscheidungen auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene können direkt von der stimmberechtigten Bevölkerung bestimmt werden. Migranten haben diese Einflussmöglichkeit nicht,² was dazu führt, dass eine grosse Gruppe von Personen (der Ausländeranteil in der Volksschule beträgt rund 25%) von Entscheidungen, die sie selbst betreffen, ausgeschlossen sind. Die einzige Möglichkeit, die somit Ausländern offensteht, die mit dem nationalen Bildungssystem nicht einverstanden sind, ist das Ausweichen auf private, oft internationale Schulen, womit als Folge der Globalisierung das Entstehen eines internationalen innerhalb des nationalen Bildungssystems befördert wird.

Ziel dieser Untersuchung war herauszufinden, ob und falls ja in welchen Bereichen Personen mit einem Migrationshintergrund signifikant andere Bildungspräferenzen aufweisen als die einheimische Bevölkerung. Dabei ist es wichtig, sehr detaillierte Informationen über die soziodemografische und sozioökonomische Stellung der befragten Personen zu haben, da sich die Bildungspräferenzen auch nach dem Einkommen, Bildungsstand und anderen Faktoren unterscheiden können und demzufolge bei einer Nichtbeachtung dieser Faktoren Unterschiede bei den Bildungspräferenzen fälschlicherweise dem Migrationshintergrund zugeschrieben werden könnten, da sich die einheimische und die ausländische Bevölkerung in Bezug auf soziodemografische Merkmale oft stark unterscheiden.

Schliesslich ist es wichtig, sich die Möglichkeit zu vergegenwärtigen, dass allfällige Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen in den Bildungspräferenzen nichts oder wenig über die Unterschiede zwischen den Bildungspräferenzen der Schweizer Bevölkerung und der Bevölkerung der Herkunftsländer der Migranten aussagen. Dies, weil die Migranten selbst keine repräsentative Gruppe für ihre Herkunftsländer darstellen. Die Selektivität der Auswanderung kann sogar dazu führen, dass Migranten und Einheimische in ihren Bildungspräferenzen näher beieinanderliegen als die Bildungspräferenzen der Migranten und jene der Bewohner ihrer Heimatländer. Ein solcher Fall kann vor allem dann auftreten, wenn die spezifischen Eigenschaften des Bildungssystems im Zielland einen wichtigen Grund für die Migration darstellen. Mit anderen Worten, auch wenn sich die Bildungssysteme zwischen Zielland und Ursprungsland stark unterscheiden, ist es nicht a priori klar, dass sich deshalb auch die Bildungspräferenzen von Einheimischen und Migranten unterscheiden müssen.

1 In manchen Ländern wurden zwar Anstrengungen unternommen, die politische Rechte von Migranten auszuweiten (siehe Earnest, 2006, 2007).

2 Ausser in den Kantonen Jura und Neuenburg, wo Ausländer unter gewissen Bedingungen auf kantonaler Ebene abstimmen dürfen.

Zur Klärung solcher Fragen wurde im Sommer 2012 eine repräsentative Umfrage zu verschiedenen Themen der Bildungspolitik bei rund 2800 erwachsenen Personen in der Schweiz durchgeführt. An bildungspolitischen Themen wurden spezifische Aspekte des schweizerischen Bildungswesens ausgewählt, bei denen mehr oder weniger grosse Unterschiede zwischen der Schweiz und anderen industrialisierten Ländern bestehen.

2. Datengrundlage

Um mögliche Unterschiede in den Bildungspräferenzen zwischen Ausländern und Schweizern zu untersuchen, hat die Universität Bern (Forschungsstelle für Bildungsökonomie) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) im Sommer 2012 das Umfrageinstitut GfS³ (Gesellschaft für praktische Sozialforschung) in Bern eine Befragung der schweizerischen Wohnbevölkerung durchführen lassen.⁴ Die finale Stichprobe besteht aus 2055 Schweizern und 768 Ausländern im Alter zwischen 18 und 99 Jahren. Die Befragungen wurden in den Landessprachen Deutsch, Französisch und Italienisch sowie für die Migranten zusätzlich wahlweise in portugiesischer und englischer Sprache durchgeführt.⁵ Die Daten wurden zwischen Juni und August 2012 mittels computerassistierter Telefon-Interviews (CATI) erhoben.⁶ Der Fragebogen wurde vor der Haupterhebung in zwei Pretests auf die Verständlichkeit hin getestet.

Zwischen Ausländern und Schweizern bestehen bei den meisten soziodemografischen und sozioökonomischen Merkmalen statistisch signifikante Unterschiede (siehe Tabelle 1 im Anhang). Während die Schweizer Bildungsniveauverteilung einen klaren Höchstwert bei der mittleren Bildungsstufe (höchster Bildungsabschluss auf der Sekundarstufe II) hat, was sich auch in der Einkommensverteilung widerspiegelt, sind die Ausländer mehr oder weniger gleich über die Bildungsniveaus verteilt. Zudem gibt es bei den Ausländern signifikant weniger Personen mit einem Einkommen in den mittleren Kategorien: Bei den Einkommensklassen finden sich die meisten Ausländer entweder in tieferen oder hohen Einkommenskategorien.

Rund 40% der Ausländer in der Stichprobe kommen aus den direkten Nachbarländern Deutschland, Italien, Frankreich, Österreich (siehe Anhang, Grafik 1). Die grösste Kategorie Ausländer, die nicht aus einem Nachbarstaat kommen, bilden Personen aus Portugal (13%).

3. Themenauswahl

Die Befragung deckte vier verschiedene Themenbereiche des Bildungswesens ab, in jenen sich die Bildungsstrukturen und -prozesse in der Schweiz stark von denen des Auslands unterscheiden:

1. Die zentralen Themen der Befragung betrafen die Sekundarstufe II und davon abhängig die Tertiärstufe und die Selektionsentscheidungen beim Übertritt von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II. Der Grund für diesen Fokus liegt einerseits darin, dass die Schweiz innerhalb der OECD-Staaten einen der tiefsten Anteile an Schülern aufweist, die eine gymnasiale Maturität und damit einen Zugang

3 Das Institut GfS ist im Bereich von Meinungsumfragen eines der führenden Institute der Schweiz. Es hat eine lange Tradition in politischen Analysen und repräsentativen Befragungen zu Wahlen und Abstimmungen.

4 Ebenfalls mittels einer GfS-Befragung untersuchten die Autoren 2007 Determinanten der Unterschiede bei Bildungspräferenzen innerhalb der Schweizer Wohnbevölkerung (siehe Busemeyer et al., 2011; Cattaneo & Wolter, 2009; Diem & Wolter, 2013).

5 Ausländer wurden in der Stichprobe überrepräsentiert, um eine ausreichende Anzahl an Beobachtungen für eine valide Analyse zu haben. Alle Berechnungen werden deshalb gewichtet.

6 Die Stichprobe besteht aus zufällig gezogenen Adressdaten aus dem Einwohnerregister des Bundesamtes für Statistik.

zu einer Universität erhalten. Die Schweiz weist eine gymnasiale Maturitätsquote von leicht über 20% auf, während in den meisten OECD-Staaten der Anteil an zu einem Universitätsbesuch berechtigenden ISCED-3A-Abschlüssen zwischen 50 und 90% liegt (OECD, 2012, S. 45). Andererseits und spiegelbildlich dazu weist die Schweiz einen der höchsten Anteile an berufsbildenden Abschlüssen auf der Sekundarstufe II auf, mit der spezifischen Eigenheit, dass sie dabei im Vergleich mit den anderen Ländern, in denen die Berufsbildung in der Regel mehrheitlich bis ausschliesslich schulisch organisiert ist, auch den höchsten Anteil an betrieblich basierten Ausbildungen aufweist. Dieser bedeutende Systemunterschied wurde durch mehrere Fragen abgedeckt (siehe Kapitel 7).

2. Ebenfalls stark unterscheidet sich die Schweiz hinsichtlich der frühen ausserfamiliären Betreuung und Beschulung von Kindern. Während im OECD-Durchschnitt 66% der 3-jährigen Kinder ausserfamiliär betreut werden (79% bei den 4-Jährigen), liegt der Anteil in der Schweiz bei 3% (40% bei den 4-Jährigen) (siehe OECD, 2012). In diesem Themenbereich wurde auch das Thema der Ganztageschulen abgedeckt, welche zwar auch in der Schweiz zunehmende Verbreitung finden, in einigen anderen Ländern aber schon länger und auch flächendeckend eingeführt sind.
3. Besonders im Vergleich zu angelsächsischen Ländern kennt die Schweiz eine sehr geringe «Accountability» der Schulen. Standardisierte Tests sind wenig verbreitet und externe Schulevaluationen bestehen zwar, aber ihre Ergebnisse sind meist nicht öffentlich zugänglich. Transparente Vergleichsmasse zwischen Schulen bezüglich der durchschnittlichen Schülerleistung oder anderer schulrelevanter Faktoren sind in der Schweiz somit quasi nicht vorhanden. Sie weicht damit von jenen Ländern ab, in denen den Eltern Ergebnisse aus standardisierten Schülerassessments zur Beurteilung der schulischen Qualität zur Verfügung stehen.
4. Schliesslich hat die Schweiz einen im internationalen Vergleich sehr geringen Anteil an Privatschulen und kennt in der Regel auch keine freie Schulwahl zwischen den öffentlichen Schulen (siehe Diem & Wolter, 2013).

Zusammenfassend kann man das schweizerische Bildungssystem so charakterisieren, dass ausserfamiliäre Betreuung und Beschulung wenig verbreitet sind, dass die Einschulung in der Regel in zugewiesene öffentliche Schule stattfindet, dass über deren relative Performance die Eltern wenig bis gar nichts erfahren können und dass am Ende der obligatorischen Schulzeit nur eine Minderheit der Schüler zum «akademischen» Zug auf der Sekundarstufe II zugelassen wird, während es für den Rest der Schüler heisst, schon im Alter von 15 Jahren mittels Lehrstellensuche den Übertritt in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Was Schweizer Eltern selbstverständlich erscheinen mag, kann für Migranten eine ziemlich drastische Differenz zum gewohnten Bildungssystem darstellen.

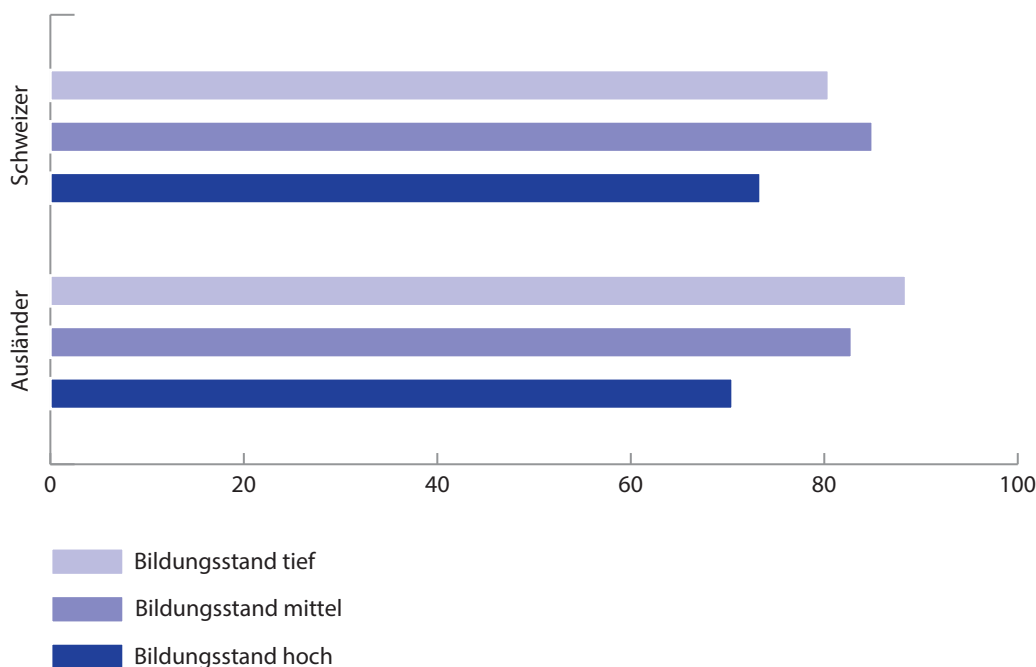
4. Ausserfamiliäre frühkindliche Betreuung und Beschulung

Unabhängig von pädagogischen Aspekten, die auf die Bildungspräferenzen einwirken, kann die Verfügbarkeit ausserfamiliärer Betreuung für Migranten in zweierlei Hinsicht von spezieller Bedeutung sein. Erstens ist gerade bei der Arbeitsmigration und bei Migranten mit sehr hohem Bildungsstand der Wunsch nach möglichst guter Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familie ausgeprägt. Eine Nicht-Beschäftigung wegen fehlender ausserfamiliärer Betreuungsangebote verursacht deshalb sehr hohe Opportunitätskosten. Zweitens verfügen Migranten in der Regel im Gastland nicht über die gleichen verwandtschaftlichen Netze und können die Betreuung von Kleinkindern somit nicht an andere Familienmitglieder (Eltern, Geschwister usw.) delegieren. Um die Präferenzen für ausserfamiliäre frühkindliche Kinderbetreuung zu untersuchen, wurde den Befragten folgender Satz vorgelegt: «Kinder unter 3 Jahren sollten von den Eltern oder einer anderen Bezugsperson der Familie betreut werden.» Sie hatten dann anzugeben, inwieweit sie mit der Aussage einverstanden waren. Von der gesamten Stichprobe erklärten sich etwa 81% der Befragten mit der Aussage sehr einverstanden oder einverstanden. Insgesamt zeigt sich bei Migranten wie bei Schweizern, dass mit zunehmendem Bildungsstand (und somit auch zunehmenden Opportunitätskosten der Erwerbs-

losigkeit wegen fehlender ausserfamiliären Betreuungsmöglichkeiten) der Grad der Zustimmung zur Forderung nach familiärer Frühbetreuung abnimmt.

Grafik 1: Sollten Kinder unter 3 Jahre von den Eltern oder einer anderen Bezugsperson der Familie betreut werden?

Ja-Antworten in Prozent ⁷



Über alle Migranten und Schweizer gesehen gibt es keine signifikanten Unterschiede bei der Beantwortung dieser Frage. Statistisch signifikante Unterschiede ⁸ zeigen sich erst, wenn man Schweizer und Migranten gleichen Bildungshintergrunds vergleicht. Die grössten Unterschiede zeigen sich bei den tiefsten Bildungsschichten, wo die Migranten sehr viel häufiger ein «sehr einverstanden» rückmeldeten. Ein Grund für dieses Antwortmuster mag sein, dass gerade schlecht gebildete Migranten vornehmlich aus Ländern stammen, die ein eher traditionelles Familienmuster pflegen.

Wenn die Kinder in das Alter des schulischen Obligatoriums (inkl. Kindergarten) kommen, ändert sich die Situation bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insofern, als auch unterschiedliche Unterrichtszeiten und Schultage, die früh enden oder spät beginnen, für die Eltern Hürden darstellen können. Tageskindergärten beziehungsweise Tagesschulen mit ganztägigen Betreuungsangeboten (inkl. Mittagsverpflegung) an mehreren Tagen pro Woche sind in der Schweiz sehr unterschiedlich verbreitet; genaue Daten für alle Kantone fehlen bisher allerdings. Der Anteil Kindergärten, die als Tageskindergärten geführt werden, variiert aber beispielsweise von 0% im Kanton Uri bis zu 85% im Kanton Tessin und 100% im Kanton Genf.⁹ Auf der Primarstufe sieht es ähnlich aus. Um die Meinungen zur Ganztagesbetreuung zu erheben, wurde folgende Frage gestellt: «Sollte es ein Angebot einer Ganztagsbetreuung Ihrer Ansicht nach in allen Schulen geben? 1. Ja, auf jeden Fall, 2. Ja, aber nur privat finanziert, 3. Ja, aber nur öffentlich finanziert, 4. Nein.» Die Untervarianten bezüglich der Finanzierung drängten sich auf, da möglicherweise Personen die Ganztagesbetreuung nur deshalb ablehnen, weil sie Steuermittel beansprucht oder weil sie im Gegenteil privat finanziert werden muss. Durch die Unterteilung in die Finanzierungsvarianten kann die Gruppe jener, die sich

⁷ hoch = tertiärer Abschluss, mittel = Abschluss auf Sekundarstufe II, tief = kein nachobligatorischer Bildungsabschluss

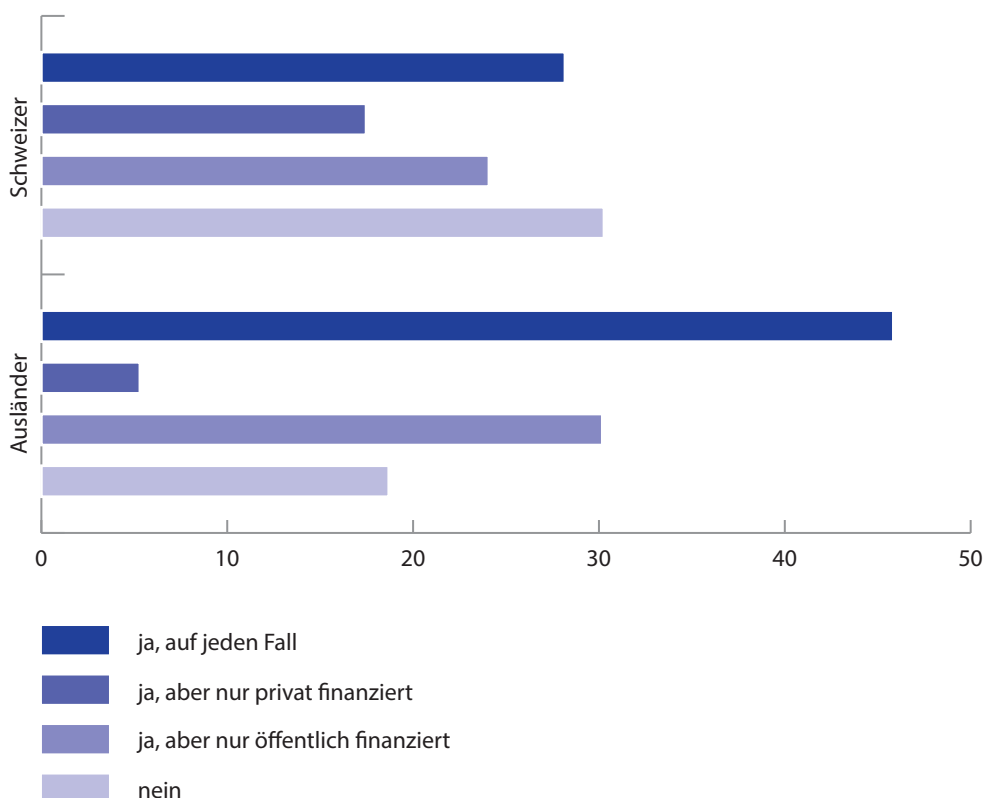
⁸ Mittels multipler Regressionen wurde jeweils geprüft, ob der Migrationsstatus statistisch signifikante Unterschiede zur einheimischen Bevölkerung ergibt, wenn verschiedene soziodemografische (Bildung, Alter, Geschlecht, Familienstand, Kinder) und sozioökonomische (Einkommen) Faktoren sowie die Sprachregion und die politische Einstellung berücksichtigt wird.

⁹ EDK/IDES Kantonsumfrage 2011/2012

gegen die Ganztagesbetreuung aussprechen, auch klarer definiert werden. Im Durchschnitt gehören rund ein Viertel der Befragten zu dieser Gruppe. Unter den 73% Befürworter sind die Antworten zwischen den verschiedenen Ja-Optionen ungleich verteilt. Etwa 45% Befürworter möchten die Ganztagesbetreuung auf jeden Fall, während etwa 20% sie nur dann befürworten würden, wenn sie privat finanziert wäre. 35% der Befürworter hingegen würden nur bei einer öffentlichen Finanzierung des Angebots zustimmen.

Grafik 2: Ganztagsbetreuung in allen Schulen?

Antworten in Prozent



In den Antworten auf diese Frage (siehe Grafik 2) zeigen sich grosse Unterschiede zwischen der einheimischen und der ausländischen Bevölkerung. Während fast die Hälfte der Migranten (46%) eine Ganztagesbetreuung auf jeden Fall wünschen, ist der Anteil bei den Schweizern signifikant tiefer (28%). Der grösste Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern zeigt sich bei Personen mit tiefem Bildungsstand; hier möchten 85% eine Ganztagesbetreuung (vor allem wenn sie öffentlich bezahlt würde), während dieser Anteil bei den Schweizern mit tiefem Bildungsstand gerade einmal 29% beträgt.

5. Private versus öffentliche Schule

In der Schweiz besuchen nur etwa 6% aller Schüler auf der Volksschulstufe¹⁰ eine private Schule (OECD, 2011), was im Vergleich zu anderen Ländern wenig ist. Zudem gibt es für die Schweiz bisher keine Evidenz dafür, dass bei Berücksichtigung des Familienhintergrunds Schüler einer privaten Schule bessere Leistungen erbringen als jene einer öffentlichen Schule. Letzteres ist wichtig für die Beurteilung der Präferenz für

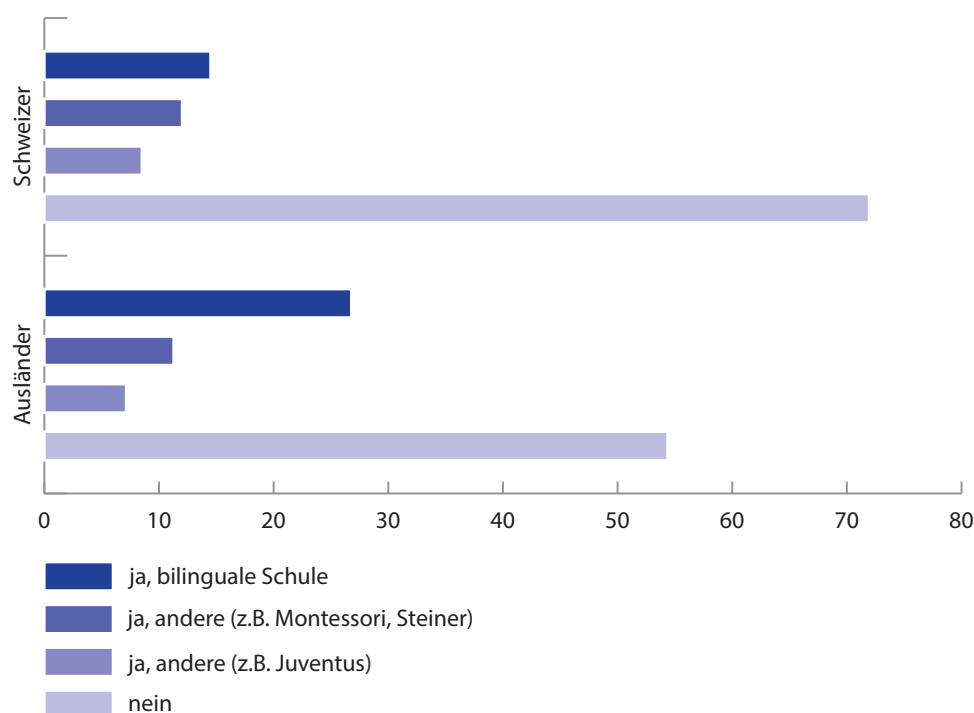
¹⁰ Gemäss Daten des Bundesamts für Statistik für 2010/2011 besuchten auf der Stufe der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II ungefähr 8% der Schüler eine private Schule.

Privatschulen, kommen doch etliche Migranten aus Ländern, in denen der Unterricht in Privatschulen von deutlich besserer Qualität ist als in den öffentlichen Schulen. Ausländer könnten private Schulen deshalb bevorzugen, weil diese in ihrem Heimatland ein höheres Ansehen geniessen. Als weiterer Grund für eine Präferenz von Privatschulen könnte hinzukommen, dass manche Privatschulen nach einem anderen als dem nationalen Curriculum unterrichten und zudem bilingualen Unterricht anbieten. Eine Präferenz für solche Angebote könnte vor allem bei Ausländern festzustellen sein, die antizipieren, dass sie nicht lange in der Schweiz verweilen werden oder dass ihre Kinder später international ihre Bildungs- und Arbeitskarriere fortsetzen möchten.

Die Frage zu den Privatschulen enthielt deshalb auch eine Differenzierung nach verschiedenen Formen der privaten Beschulung und lautete: «Würden Sie Ihr Kind in eine private Schule schicken, wenn Sie die finanziellen Mittel dazu hätten? 1. Ja, internationale/bilinguale Schule. 2. Ja, andere private Schule (z.B. Montessori, Steiner), 3. Ja, andere (z.B. Juventus). 4. Nein.» Es war mehr als eine Antwort möglich. Von den 2633 validen Antworten¹¹ entfielen 69% auf «Nein», d.h. man hatte keine Absicht, das Kind in eine private Schule zu schicken; 18% würden ihr Kind in eine bilinguale Schule schicken, 12% in eine Schule nach Montessori oder Steiner und 8% in eine andere private Schule.

Grafik 3: Würden Sie Ihr Kind in eine private Schule schicken?

Antworten in Prozent



Die Nein-Anteile fallen bei Ausländern und Schweizern wiederum signifikant unterschiedlich aus (siehe Grafik 3). Wie erwartet, besteht der grösste Unterschied bei einer Präferenz für eine private Schule bei internationalen/bilingualen Schulen, während sich für andere Formen der privaten Schulung (bspw. alternative Pädagogik) zwischen Schweizern und Ausländern keine Unterschiede ausmachen lassen.

Während die Präferenz für internationale Schulen mit dem Wunsch zusammenhängt, dass die Kinder einen international portablen Abschluss erreichen, kann auch festgestellt werden, dass Schweizer und Ausländer

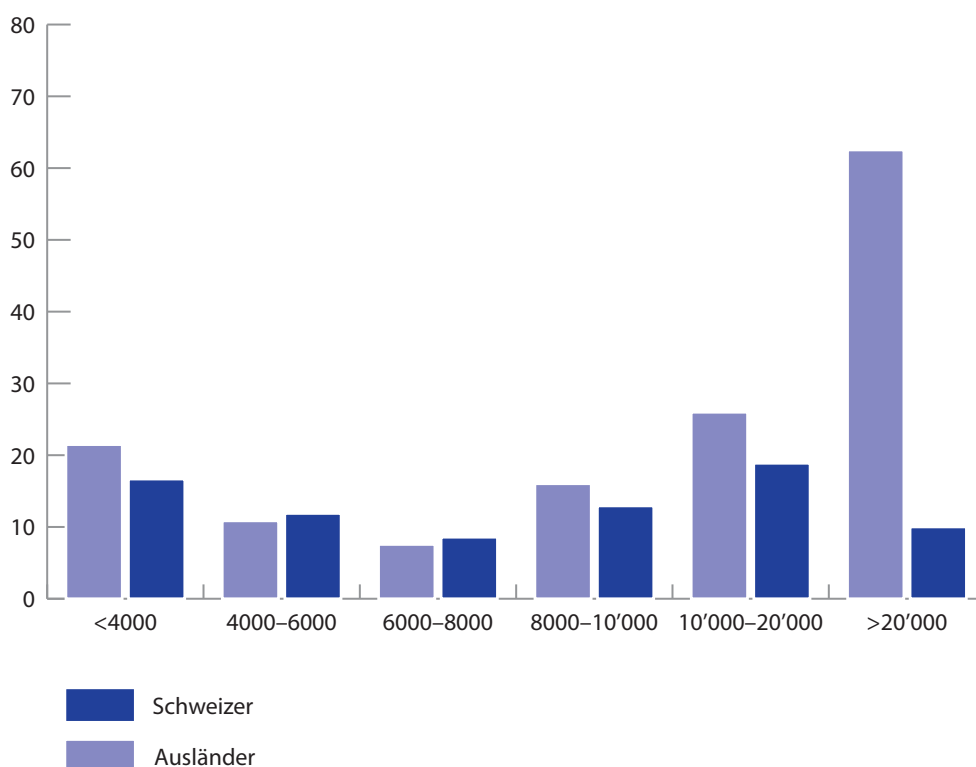
¹¹ Wahl einer der vier oben genannten Antworten anstatt «Keine Antwort» oder «Weiss nicht».

eher einen Privatschulbesuch befürworten, wenn sie den ausgesprochenen Wunsch haben, dass ihre Kinder das Gymnasium besuchen (anstelle einer Berufslehre). Diese Frage wurde zusätzlich auch explizit gestellt: «Welche Art von Schule schafft Ihrer Meinung nach bessere Voraussetzungen dafür, dass ein Kind das Gymnasium besucht und erfolgreich abschliesst? 1. Öffentliche Schule, 2. Private internationale/bilinguale Schulen, 3. Andere private Schule, 4. Es hängt vom Kind ab.» Mehrere Antworten waren möglich. Von den 2561 Personen, die diese Frage beantworteten, gibt eine knappe Mehrheit (51%) an zu glauben, dass Eintritt und erfolgreicher Abschluss vom Kind abhängen und nicht von der Schule. Ungefähr 50% der Schweizer und der Ausländer äussern sich dahingehend, die öffentliche Schule sei die beste Voraussetzung. 12% der Ausländer sind der Meinung, dass eine bilinguale oder internationale Schule die besten Voraussetzungen schaffe; bei den Inländern liegt dieser Anteil bei etwa 6%.

Weiter wurde danach gefragt, wie viele Eltern ihre Kinder tatsächlich in eine private Schule schicken oder geschickt haben. Etwa 86% der Befragten haben oder hatten ihre Kinder nie in einer privaten Schule. In den höheren Einkommenskategorien gibt es jedoch deutliche Unterschiede zwischen Ausländern und Schweizern. In ausländischen Haushalten mit monatlichen Einkommen von über CHF 20'000 besuchen 63% der Kinder eine private Schule; bei den Schweizern beträgt diese Quote lediglich 10%. Kleinere Unterschiede findet man auch bei Haushalten mit Einkommen über CHF 8000; darunter gibt es keine Unterschiede mehr (siehe Grafik 4).

Grafik 4: Besuch einer privaten Schule nach Haushaltseinkommen

Anteile in Prozent

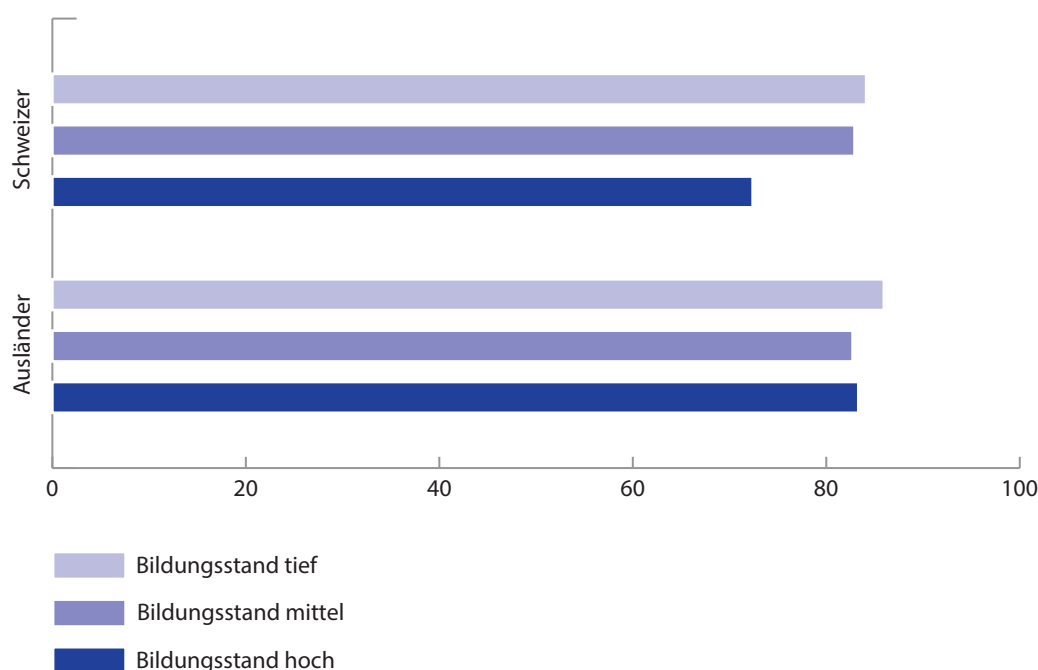


6. «Accountability» der Schulen und des Bildungssystems

Eine öffentliche Rechenschaftspflicht («Accountability») der Schulen auf der Grundlage standardisierter, d.h. vergleichbarer Leistungsmessungen gegenüber den Eltern wie auch den Behörden, ist wie bereits erwähnt in der Schweiz nicht verbreitet. Hier können sich also der Erfahrungshintergrund und die Erwartungen an die Schulen zwischen Ausländern und Schweizern unterscheiden. «Accountability» kann natürlich verschiedene Formen annehmen, insbesondere bezüglich der Öffentlichkeit der Informationen. Es gibt Systeme, bei denen die Informationen über die Leistungstests nur an die Lehrpersonen und/oder die Behörden gelangen, und Systeme, bei denen etwa nur gerade die Eltern über die Leistungen ihres Kindes informiert werden. Am anderen Ende des Transparenzspektrums stehen Systeme, bei denen die aggregierten Ergebnisse pro Schule öffentlich bekanntgemacht werden. Allen Systemen gemeinsam ist aber die Vorbedingung, dass Leistungen der Schüler überhaupt standardisiert gemessen werden, und das ist in der Schweiz derzeit nicht der Fall. Um von den Präferenzen für oder gegen spezifische Formen des Umgangs mit Transparenz abstrahieren zu können, wurde deshalb lediglich die Frage nach den standardisierten Tests gestellt¹²: «Das Wissen von Schülern sollte durch einheitliche kantonale Schultests periodisch geprüft werden.» Die möglichen Antworten lauteten: «1. Sehr einverstanden, 2. Eher einverstanden, 3. Eher nicht einverstanden, 4. Gar nicht einverstanden.» Lediglich 7% erklärten sich damit gar nicht einverstanden.

Grafik 5: Sollte das Wissen von Schülern durch einheitliche kantonale Schultests periodisch geprüft werden?

Ja-Antworten in Prozent



Statistisch signifikante Differenzen zwischen Inländern und Ausländern und zwischen den verschiedenen Bildungsniveaus findet man bei der Häufigkeit, mit denen die Antwort «sehr einverstanden» oder «eher einverstanden» geantwortet wurde. Die Unterschiede verschwinden jedoch praktisch ganz, wenn man nur den Vergleich zwischen «einverstanden» und «nicht einverstanden» heranzieht. Die einzige Gruppe mit einem relativ höheren Anteil an Personen, die mit solchen Tests gar nicht einverstanden sind (ca. 28%), besteht aus gut ausgebildeten Schweizern.

¹² Die Frage wurde aus einem Fragebogen entnommen, mit welchem die Provinzregierung Ontarios regelmässig ihre Bürger über Bildungspräferenzen befragt (siehe Hart, 2012).

7. Berufsbildung oder Gymnasium

In der Schweiz wählen rund 70% der Schulabgänger eine Berufsbildung und davon fast 90% die betriebsbasierte, d.h. duale Variante. Der Anteil Jugendlicher in einer dualen Berufsbildung ist in der Schweiz somit gar höher als in den anderen Ländern (Deutschland und Österreich), die eine ebenso starke Stellung der Berufsbildung im überobligatorischen Bildungsbereich kennen (OECD, 2010). Die relativ geringen Anteile der Jugendlichen in berufsbildenden Varianten sind in anderen Ländern jeweils mit Stigmatisierungen verbunden, weil diese Art von Bildung oft nur Schüler absolvieren, die zu schlecht sind, um an eine allgemeinbildende Schule zugelassen zu werden. Spiegelbildlich zum hohen Anteil der Berufsbildung in der Schweiz ist auch der tiefe Anteil Jugendlicher, die die gymnasiale, für den Eintritt in eine Universität vorbereitende Ausbildung wählen oder besuchen können, was in der Schweiz zu einem im internationalen Vergleich geringen Anteil der Bevölkerung mit einem universitären Hochschulabschluss führt.

Differenzen in den Bildungspräferenzen zwischen Ausländern und Schweizern sind aus verschiedenen Gründen zu erwarten. Erstens können Ausländer vom negativen Bild der Berufsbildung hinsichtlich der Arbeitsmarktchancen oder des sozialen Status in ihrem eigenen Land geprägt sein und deshalb eine akademische Allgemeinbildung präferieren. Zweitens können sich Ausländer auch dann gegen eine Berufsbildung aussprechen, wenn sie deren Qualität in der Schweiz zwar anerkennen, sich aber vor allem um die Bedeutung des schulischen Erfolgs ihrer Kinder in den Augen der im Heimatland verbliebenen Familie sorgen. Drittens können Ausländer aber auch die Schweiz wieder zu verlassen beabsichtigen und sich gegen eine Berufsbildung aussprechen, weil sie an der internationalen Portabilität von Bildungsabschlüssen im beruflichen Bereich zweifeln. Und schliesslich kann ein Unterschied zwischen Ausländern und Schweizern deshalb bestehen, weil erstere mit grosser Wahrscheinlichkeit nie eine Berufsbildung absolviert haben und sie nicht etwas präferieren, was sie nicht kennen. Dass vor allem Personen eine Präferenz für eine Berufsbildung äussern, welche selbst eine Berufsbildung abgeschlossen haben, ist auch aus einer früheren Untersuchung unter Schweizern hervorgegangen (siehe Busemeyer et al., 2011). Da bei den Präferenzen für oder gegen akademische Ausbildungen oder berufsbildende Alternativen zwischen verschiedenen Faktoren differenziert werden muss, haben wir in unserer Untersuchung auch sehr verschiedene Fragen zu diesem Themenkomplex gestellt.

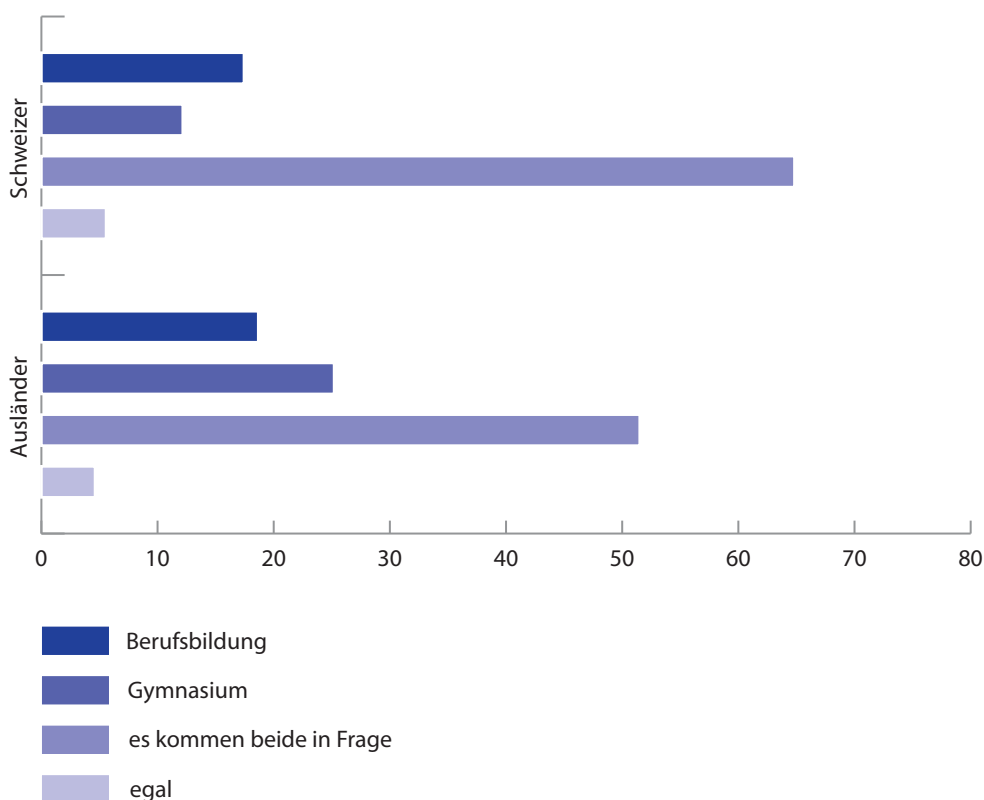
Gewünschter Bildungspfad der eigenen Kinder im Anschluss an die obligatorische Schule

Die Einstiegsfrage lautete: «Was für eine Ausbildung würden Sie sich für ihr Kind nach Abschluss der obligatorischen Schule wünschen?» Die Frage wurde unabhängig davon gestellt, ob die befragte Person Kinder hatte oder nicht. Die möglichen Antworten waren «Berufsausbildung/Fachmittelschule», «Gymnasium», «Es kommen beide in Frage, nach Neigung des Kindes» und «Es wäre mir egal». 98,24% der Befragten gaben eine valide Antwort; etwa 61% gaben an, beide Wege kämen in Frage, je nach Neigung des Kindes. Die Anteile der Personen, die klar entweder Berufsbildung oder Gymnasium wählten, waren etwa gleich hoch: rund 16% beim Gymnasium und 18% bei der Berufsbildung.¹³

¹³ Wie in allen Umfragen gibt es auch hier die Möglichkeit fehlerhaften Antwortverhaltens, z.B. wenn die Befragten nicht ihre wahren Präferenzen angeben, sondern die Antwort, die sie für «sozial richtig» halten. In diesem Fall wäre zu vermuten, dass gelegentlich mit «Es kommen beide in Frage, je nach Neigung des Kindes» geantwortet wird, auch wenn in Wirklichkeit eine klare Präferenz besteht. Deshalb müssen für das Gesamtbild auch die Antworten auf die anderen Fragen zur Berufsbildung und zur akademischen Ausbildung berücksichtigt werden.

Grafik 6: Was für eine Ausbildung würden Sie sich für ihr Kind nach Abschluss der obligatorischen Schule wünschen?

Antworten in Prozent



Auch wenn der Anteil «Es kommen beide in Frage» möglicherweise überschätzt wird, ist der Unterschied in den Präferenzen von Schweizern und Ausländern evident (siehe Grafik 6). Zudem haben Ausländer über alle Bildungsstufen hinweg eine etwa doppelt so hohe Präferenz für das Gymnasium wie Schweizer derselben Bildungsstufe.

Personen mit einer tieferen Ausbildung haben klarere Präferenzen für die Ausbildung ihrer Kinder als die Angehörigen mittlerer und höherer Bildungsgruppen. Sie wählen die Option «Es kommen beide in Frage, nach Neigung des Kindes» mit geringerer Wahrscheinlichkeit. Obwohl Ausländer mit einer tieferen Ausbildung im Vergleich zu Ausländern mit einer höheren Ausbildung eher die Option Berufsbildung als Gymnasium wählen, zeigen auch sie gegenüber Schweizern mit einer tiefen Ausbildung deutlich stärkere Präferenzen für das Gymnasium (10 Prozentpunkte Differenz) als Inländer.

Multivariate Analysen zeigen, dass unabhängig vom Bildungsniveau Ausländer mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die Antwort «Gymnasium» wählen als Schweizer.¹⁴ Bei den Inländern zeigt sich ausserdem, dass, anders als die Deutschschweizer, die Befragten aus der Westschweiz mit einer ähnlich hohen Präferenz für das Gymnasium votieren wie Ausländer.

¹⁴ Dies ergibt sich aus den Resultaten einer Analyse auf der Grundlage eines multinomialen Logitmodells mit drei Antwortkategorien: «Berufsbildung», «Gymnasium» und «Beide kommen in Frage/egal». Die Kontrollvariablen schliessen Sprachregion, Geschlecht, Alter, Kinder, Arbeitsmarkstatus, politische Orientierung und Zivilstatus im Modell ein.

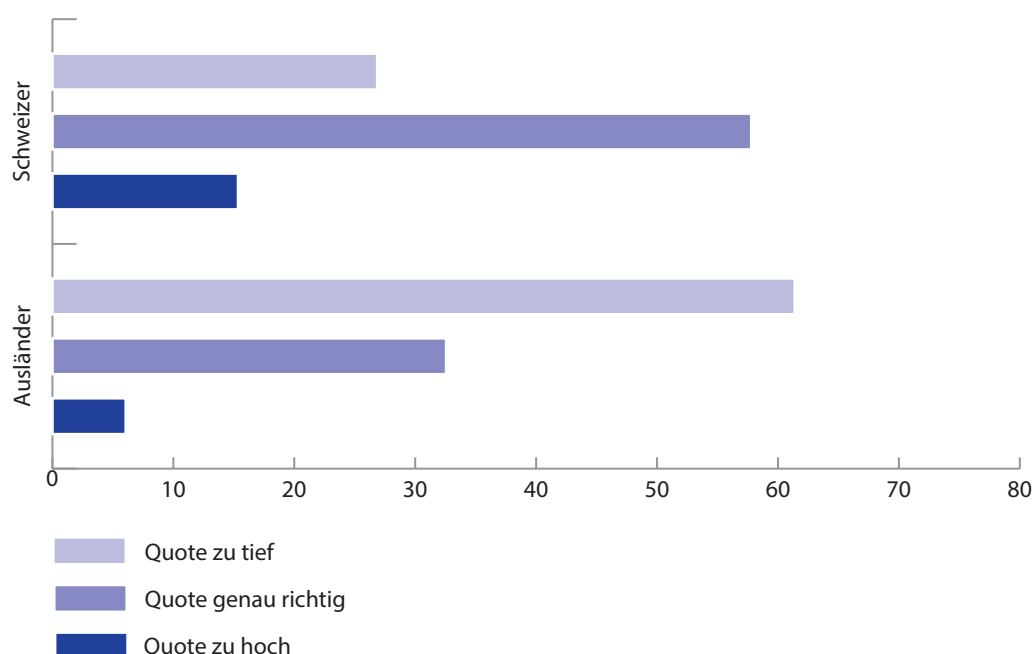
Maturitätsquote

Obwohl sich die gymnasiale Maturitätsquote in den letzten dreissig Jahren verdoppelt hat, liegt sie mit etwas über 20% immer noch deutlich unter dem Mittelwert für vergleichbare Abschlüsse in den OECD-Staaten. Allerdings herrscht diesbezüglich innerhalb der Schweiz eine grosse Heterogenität; die Spannweite der kantonalen Quoten reicht von unter 15% bis zu 30%. Vereinfacht ausgedrückt, weisen ländliche Kantone und Kantone in der deutschsprachigen Schweiz tiefere Maturitätsquoten auf.

In der Befragung wurden die interviewten Personen gebeten, ihre Meinung zum nationalen Durchschnitt der Maturitätsquote zu äussern. Die Frage lautete: «In der Schweiz besuchen rund 20% der Schulabsolventen ein Gymnasium. Finden Sie diese Quote a) zu tief, b) genau richtig oder c) zu hoch?» Diese Frage beantworten 88% der Befragten; 36% gaben an, sie hielten die Quote für zu tief, während 51% sie als genau richtig bezeichnen.

Grafik 7: Wie bewerten Sie die gymnasiale Quote in der Schweiz?

Antworten in Prozent



Grafik 7 zeigt sehr grosse Unterschiede in der Position von Inländern und Ausländern. Mehr als 60% der Ausländer finden die gymnasiale Quote zu tief. Nur in der Gruppe der Ausländer mit mittlerem Bildungsniveau liegt der Anteil der Antwortenden mit Meinung «zu tief» etwas niedriger, bei knapp 52%. Bei den Schweizern bestehen in der Einschätzung der Maturitätsquote praktisch keine Differenzen zwischen den drei Bildungsstufen. Die multivariate Analyse bestätigt dieses Bild, zeigt aber auch einen markanten Unterschied zwischen der Westschweiz und der Deutschschweiz.¹⁵ Die Unterschiede zwischen dem Tessin und der Deutschschweiz sind weniger ausgeprägt, obwohl der Kanton Tessin eine der höchsten Maturitätsquoten in der Schweiz kennt. Setzt man die aktuelle Maturitätsquote des Wohnkantons der befragten Person in die Regression ein, so ergibt sich das Bild, dass die Quote von 20% desto häufiger als zu tief eingeschätzt wird, je höher die Maturitätsquote heute schon liegt. Neben den sprachregionalen Unterschieden zeigen sich bei der Beantwortung dieser Frage auch starke Unterschiede nach politischen Präferenzen. Befragte, die sich politisch eher dem linken Spektrum zuordnen, halten die Maturitätsquote (statistisch signifikant)

¹⁵ Die Analyse wurde wiederum mittels eines multinomialen Logitmodells mit drei Antwortkategorien durchgeführt.

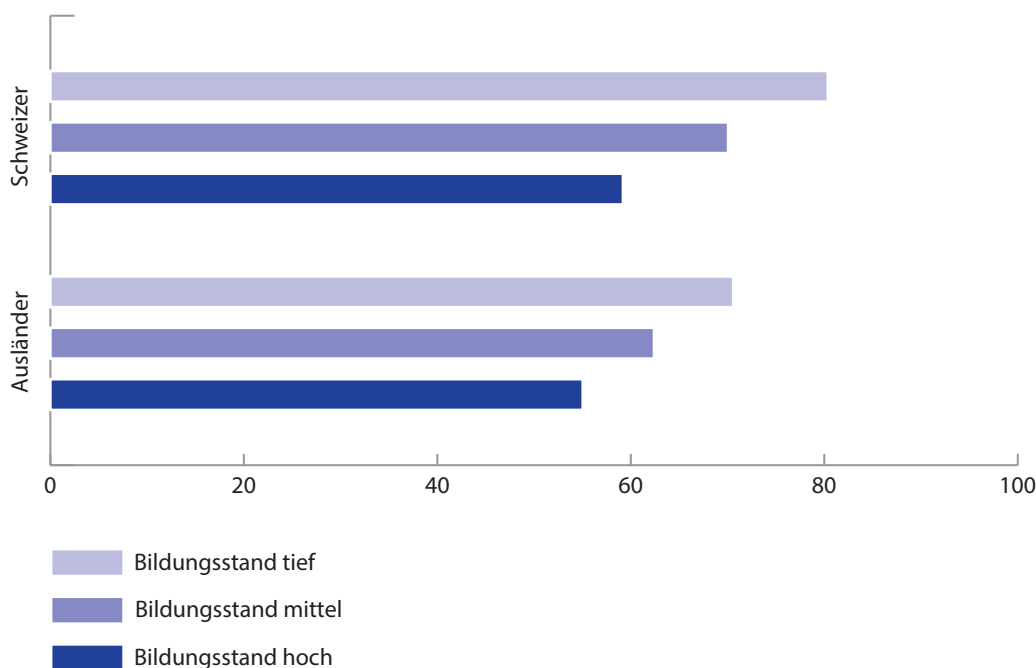
häufiger für zu tief als die politische Mitte (und je nach Spezifikation die politische Rechte). Auch bei diesen signifikanten Unterschieden unter den Schweizer Befragten bleibt der Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern immer noch beträchtlich.

Zulassung zum Gymnasium

In der Schweiz bestehen nicht nur bezüglich der gymnasialen Maturitätsquote grosse Unterschiede, sondern ebenso bezüglich der Verfahren, wie die Zulassung zum Gymnasium geregelt ist (siehe SKBF, 2010, S. 126). Vereinfachend kann man sagen, dass ein Kanton desto eher eine standardisierte Zulassungsprüfung als Element des Übertrittsentscheids verlangt, je tiefer die Maturitätsquote in diesem Kanton liegt und je geringer das Wachstum der Quote in den vergangenen drei Dekaden ausgefallen ist. Am anderen Ende des Spektrums befinden sich die Kantone, bei denen der Übertritt eine Kombination aus Empfehlung der abgebenden Lehrpersonen und individuellen Präferenzen ist. Wissenschaftliche Untersuchungen des Übertritts in die Sekundarstufe I haben gezeigt, dass der Einbezug objektiver Testinformationen in den Übertrittsentscheid die soziale Prägung dieses Entscheids mindert (Baeriswyl et al., 2006). Es kann demzufolge vermutet werden, dass in Situationen, wo vor allem die elterlichen Präferenzen und die Lehrerurteile entscheiden, Eltern mit akademischer Bildung es häufiger schaffen, ihre Kinder ins Gymnasium zu bringen. In unserer Untersuchung lautete die Frage zum Übergangsprozess folgendermassen: «Die Zulassung von Schülern zum Gymnasium sollte generell durch Aufnahmeprüfungen bestimmt werden. Sind sie mit dieser Aussage a) sehr einverstanden, b) eher einverstanden, c) eher nicht einverstanden, d) gar nicht einverstanden?» Rund 95% der Befragten gaben valide Antworten; rund 66% befürworten eine generelle Aufnahmeprüfung (sehr oder eher einverstanden).

Grafik 8: Sollte die Zulassung von Schülern zum Gymnasium generell durch Aufnahmeprüfungen bestimmt werden?

Ja-Antworten in Prozent



Zwischen Einheimischen und Ausländern besteht unter Kontrolle anderer Faktoren ein signifikanter Unterschied, wobei Schweizer Aufnahmeprüfungen häufiger befürworten. Noch grösser als die Unterschiede zwischen Schweizern und Migranten sind allerdings in beiden Gruppen die Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungsniveaus. Während zwischen 71% (Ausländer) und 80% (Inländer) der Befragten mit

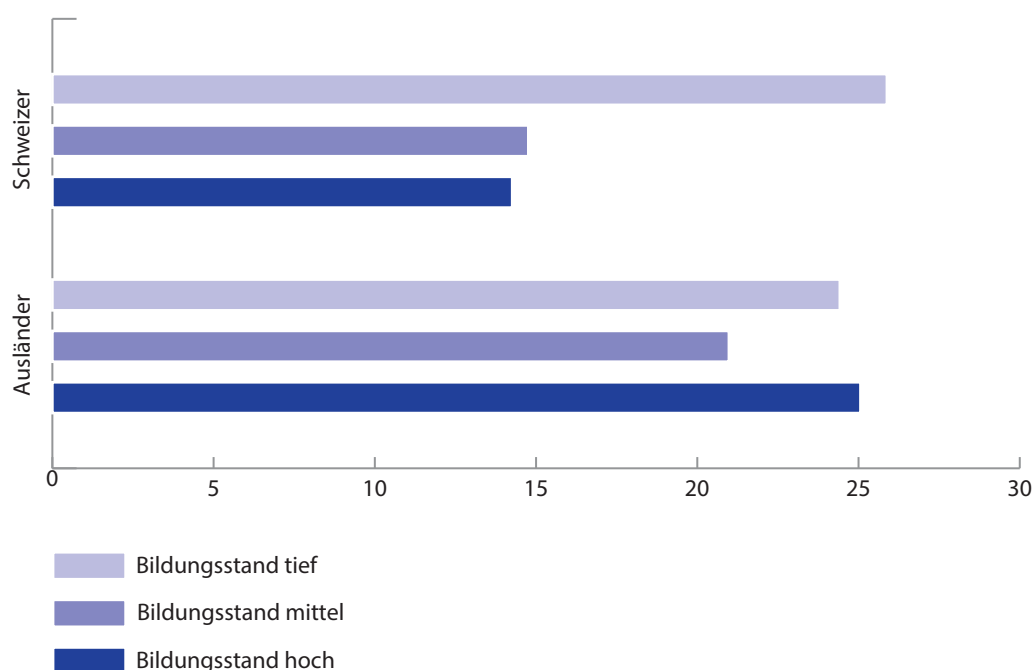
einem obligatorischen Schulabschluss als höchstem Bildungsabschluss die Aufnahmeprüfung befürworten, sind dies nur etwa 55% (Ausländer) beziehungsweise 59% (Inländer) bei den Personen mit einer Tertiärbildung (für diese Gruppe ist der Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern statistisch nicht signifikant). Unabhängig von der Nationalität und dem Bildungsstand finden sich in der multivariaten Analyse auch Unterschiede zwischen Männern und Frauen, zwischen der deutschen und der lateinischen Schweiz, zwischen Personen, die sich politisch dem rechten Spektrum zuordnen, und sich der Mitte oder der Linken zurechnenden Personen sowie zwischen Personen ohne und Personen mit Kindern, und zwar immer so, dass erstere signifikant häufiger eine Aufnahmeprüfung befürworten.

Berufsbildung vs. Allgemeinbildung: Arbeitsmarktperspektiven

Aus den bisherigen Fragen und Antworten ist ein klares Muster zu erkennen, wonach Migranten für ihre Kinder eher eine gymnasiale Ausbildung wünschen, die Maturitätsquote in der Schweiz als zu tief einschätzen und sich auch eher wünschen, dass der Zugang zum Gymnasium nicht durch eine Aufnahmeprüfung geregelt werde. In den beiden folgenden Fragen untersuchen wir deshalb zwei mögliche Erklärungen für die Unterschiede in den Bildungspräferenzen. Eine Erklärung für die unterschiedlichen Präferenzen könnte die unterschiedliche Einschätzung der Arbeitsmarktchancen mit einer Berufsbildung versus einem allgemeinbildenden Abschluss sein. Um sicherzugehen, dass Ausländer und Schweizer diese Frage nicht deshalb unterschiedlich beantworten, weil sie die Zukunft ihrer Kinder mit unterschiedlicher Wahrscheinlichkeit auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sehen, wurde konkret nach den Arbeitsmarktchancen in der Schweiz gefragt. Die Frage lautete: «Mit einer Berufsausbildung (Lehre, höhere Berufsbildung, Fachhochschule) ist man in der Schweiz für den Arbeitsmarkt 1. besser gerüstet, 2. gleich gut gerüstet oder 3. schlechter gerüstet als mit einer Ausbildung über Gymnasium oder Universität.» Von den Befragten antworteten im Durchschnitt 35%, man sei mit einer Berufsbildung besser gerüstet, 47%, dass man gleich gut gerüstet sei, und lediglich 18%, man sei mit dem Gymnasium oder der Universität besser gerüstet.

Grafik 9: Ist man mit Berufsbildung schlechter für den Arbeitsmarkt gerüstet?

Ja-Antworten in Prozent



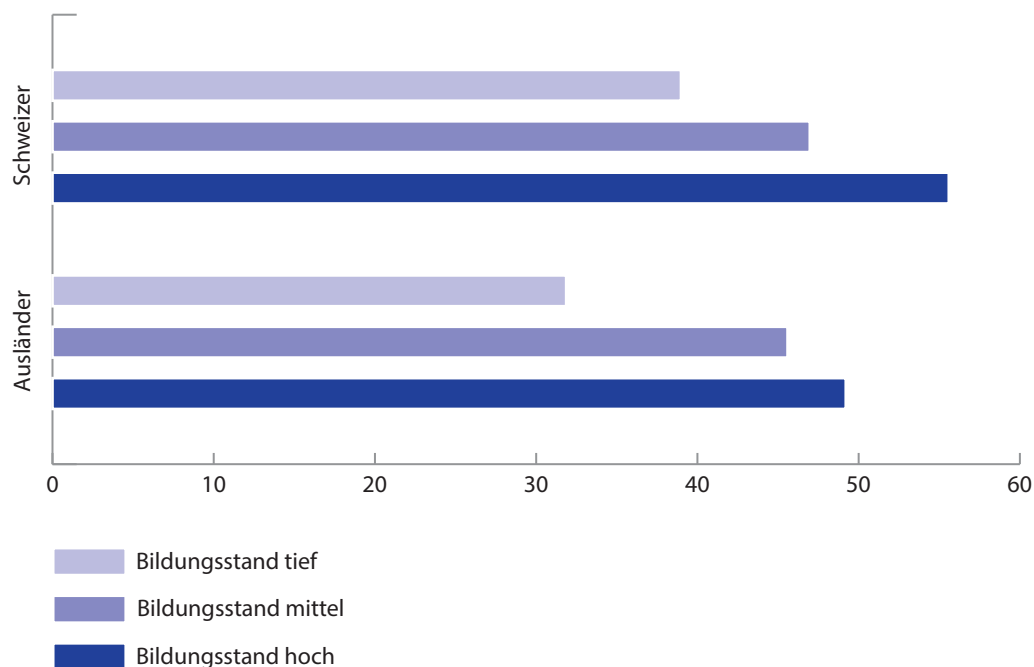
Grafik 9 zeigt, dass es bezüglich der Meinungen über die Arbeitsmarktperspektiven mit Berufsbildung (versus Gymnasium) zwischen Schweizern und Ausländern der tieferen Bildungsschicht praktisch keine Unterschiede gibt. Die ausgeprägtesten Meinungsdivergenzen finden sich zwischen Schweizern und Migranten der höchsten Bildungsstufe. Multivariate Analysen zeigen, dass es neben dem Bildungsstand und der Nationalität keine Faktoren gibt, welche unterschiedliche Einschätzungen der relativen Arbeitsmarktchancen für Personen mit Berufsbildung begründen, mit Ausnahme einer signifikanten Diskrepanz zwischen Deutschschweiz und Westschweiz, wobei Befragte aus der Westschweiz die Arbeitsmarktchancen von Personen mit Berufsbildung schlechter einschätzen.

Berufsbildung vs. Allgemeinbildung: soziales Ansehen

Ausser bei den Arbeitsmarktchancen könnten auch bei der Einschätzung des sozialen Status der Berufsbildung Unterschiede zwischen Migranten und Schweizern bestehen. Dass die Berufsbildung im Ausland eher von Personen mit geringen schulischen Fähigkeiten besucht wird, kann die Einschätzung des sozialen Prestiges einer Berufsbildung unter Ausländern nachhaltig beeinflussen. Die Frage bezog sich wiederum explizit auf die Schweiz: «Mit einem Abschluss in der Berufsbildung (Lehre, höhere Berufsbildung, Fachhochschule) geniesst man in der Schweiz 1. ein höheres, 2. ein ebenso hohes oder 3. ein tieferes soziales Ansehen als mit einer Ausbildung über Gymnasium oder Universität.» Von den insgesamt 2572 Antwortenden waren nur gerade 11% der Meinung, eine Berufsbildung sei mit einem höheren sozialen Ansehen assoziiert. Dagegen waren 47% der Meinung, Berufsbildung geniesse ein geringeres soziales Ansehen.

Grafik 10: Ist das soziale Ansehen von Personen mit einer Berufsbildung in der Schweiz im Vergleich zu solchen mit einer Allgemeinbildung tiefer?

Ja-Antworten in Prozent



Innerhalb jeder Bildungsgruppe (Inländer/Ausländer) nehmen die positiven Einschätzungen bezüglich des sozialen Ansehens mit aufsteigendem Bildungsniveau ab. Überraschenderweise und entgegen den bisherigen Resultaten scheinen die Schweizer insgesamt das Prestige der Berufsbildung als (wenn auch nicht statistisch signifikant) niedriger einzustufen als die Ausländer.

Fügt man die Antworten zu den Arbeitsmarktperspektiven und zum sozialen Ansehen zusammen und untersucht, welche Personen einerseits die Arbeitsmarktperspektiven der Berufsbildung als besser oder gleich gut und den relativen sozialen Status der Berufsbildung gleichzeitig als schlechter beurteilt haben, sind hier die Schweizer aus der Deutschschweiz mit einem hohen Bildungsabschluss statistisch signifikant übervertreten. Unter den Angehörigen dieser Gruppe ist also der Wunsch, das eigene Kind am Gymnasium zu sehen, weniger durch schlechte Aussichten auf dem Arbeitsmarkt als durch die Sorge um den sozialen Status der Kinder geprägt.

8. Schlussfolgerungen

Die vorliegenden Ergebnisse einer grossangelegten Meinungsbefragung zu Bildungspräferenzen von Schweizern und Ausländern in der Schweiz zeigen, dass sich nicht automatisch Differenzen bei allen Fragen ergeben, die Strukturen betreffen, bei denen sich das schweizerische Bildungswesen deutlich vom Durchschnitt anderer Länder unterscheidet. So bestehen in Bezug auf die ausserfamiliäre Betreuung von Kleinkindern (Alter 3) oder auch in Bezug auf eine erhöhte «Accountability» des Bildungswesens mittels standardisierter Leistungstests bei den Schülern keine signifikanten Unterschiede.

Ausgeprägte Unterschiede lassen sich hingegen bei praktisch allen Fragen feststellen, bei denen es um den Stellenwert der Berufsbildung im Vergleich zu allgemeinbildenden überobligatorischen Ausbildungen geht. Ausländer präferieren signifikant häufiger einen gymnasialen Weg; sie finden wohl auch deshalb die durchschnittliche Maturitätsquote von 20% in der Schweiz zu tief und wünschen sich deutlich häufiger, dass die Zulassung zum Gymnasium nicht mittels Prüfungen geregelt würde. Sucht man Erklärungen für die klare Präferenz für allgemeinbildende Ausbildungen, so zeigen die Befragungsergebnisse, dass weder die relativen Arbeitsmarktchancen noch der relative soziale Status einer Berufsbildung ausreichen, um die unterschiedlichen Präferenzen von Ausländern und Schweizern zu erklären. Das Votum der ausländischen Bevölkerung gegen die Berufsbildung bleibt auch dann signifikant stärker, wenn man Unterschiede bezüglich der Arbeitsmarktaussichten und des sozialen Status in der Schweiz berücksichtigt. Die Gründe für die stärkeren Präferenzen von Ausländern für eine Allgemeinbildung sind wohl vor allem bei ihrer Einschätzung der internationalen Portabilität berufsbildender Abschlüsse zu suchen. Diese Annahme wird auch durch die Beobachtung unterstützt, dass Ausländer in der Befragung eine klarere Präferenz für internationale (bilinguale) Privatschulen äussern als Schweizer, während sie andere Typen von Privatschulen den öffentlichen Schulen nicht häufiger vorziehen.

9. Literatur

- Baeriswyl, F.; Wandeler, C.; Trautwein, U. & Oswald, K. (2006). Leistungstests, Offenheit von Bildungsgängen und obligatorische Beratung von Eltern. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 9(3), 373–392
- Bussemeyer, M. R.; Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2011). Individual Policy Preferences for Vocational versus Academic Education. Micro Level Evidence for the Case of Switzerland. *Journal of European Social Policy*, 21 (3), 253–273
- Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2009). Are the Elderly a Threat to Educational Expenditures? *European Journal of Political Economy*, 25, 225–236
- Cattaneo, M. A. & Wolter, S. C. (2012). Migration Policy Can Boost PISA Results: Findings from a Natural Experiment. IZA Discussion Papers 6300, Institute for the Study of Labor (IZA)
- Diem, Andrea & Stefan C. Wolter (2013). Who is afraid of school choice? *Swiss Journal of Sociology*, 39(1), 57–80
- Earnest, D.C. (2006). Neither Citizen nor Stranger: Why States Enfranchise Resident Aliens. *World Politics*, 58 (2), 242–275
- Earnest, D.C. (2007). From Alien to Elector: Citizenship and Belonging in the Global City. *Globalizations*, 4(2), 137–155
- Hart, D. (2012). The 18th OISE Survey of Educational Issues. Public Attitudes Toward Education in Ontario 2012. The Ontario Institute for Studies in Education of the University of Toronto (OISE)
- OECD (2010). Reviews of Vocational Education and Training. Learning for Jobs. Paris: OECD
- OECD (2011). PISA in Focus 7. Private Schools: Who benefits? Paris: OECD
- OECD (2012). Education at a Glance. Paris: OECD
- SKBF (2010). Bildungsbericht Schweiz 2010. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF)

Anhang

Tabelle 1: Deskriptive Statistiken

	Schweizer	Ausländer	Total
Männer	47.25 (1.10)	52.55 (1.80)	48.69*
Alter	50.34 (39.83)	43.06 (55.26)	48.36*
Zivilstatus: ledig	29.00 (1.00)	29.75 (1.66)	29.21
Zivilstatus: verheiratet	54.79 (1.10)	54.46 (1.80)	54.70
Zivilstatus: andere	16.20 (0.81)	15.79 (1.28)	16.09
Kinder: ja	65.50 (1.05)	62.64 (1.75)	64.72
Sprachregion: deutsch	71.73 (0.99)	61.76 (1.75)	69.02*
Sprachregion: französisch	23.84 (0.94)	32.93 (1.70)	26.32*
Sprachregion: italienisch	4.43 (0.45)	5.31 (0.81)	4.67*
Bildung: tief	14.50 (0.78)	31.96 (1.66)	19.25*
Bildung: mittel	53.43 (1.10)	35.97 (1.75)	48.68*
Bildung: hoch	32.07 (1.03)	32.07 (1.68)	32.07
Haushaltseinkommen (monatlich): <4000 CHF	16.41 (0.89)	22.42 (1.68)	17.99*
Haushaltseinkommen (monatlich): 4000–6000 CHF	26.83 (1.07)	32.44 (1.83)	28.31*
Haushaltseinkommen (monatlich): 6000–8000 CHF	22.41 (1.00)	16.51 (1.56)	20.86*
Haushaltseinkommen (monatlich): 8000–10000 CHF	17.46 (0.92)	13.37 (1.37)	16.39*
Haushaltseinkommen (monatlich): 10000–20000 CHF	14.96 (0.86)	13.43 (1.43)	14.56
Haushaltseinkommen (monatlich): >20000 CHF	1.92 (0.33)	1.82 (0.53)	1.89

Anmerkungen: in Klammern: Standardfehler; Anzahl Beobachtungen 2823 (ausser beim Haushaltseinkommen, dort ist die Anzahl Beobachtungen mit 2337 etwas geringer). * Signifikanter Unterschied zwischen Schweizern und Ausländern

Grafik A.1: Nationalitäten

